

Danziger Zeitung.

M 12821.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelerhöfle Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzelle oder deren Raum 20 S. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1881.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 4. Juni. Das Unterhaus setzte in einer gestrigen Abendsitzung die Debatte über das Tadelvotum fort, das Mc Chartn gegen die Regierung wegen ihres Vorgehens in Irland beantragt hatte. Der Antrag wurde schließlich mit 130 gegen 22 Stimmen abgelehnt.

Petersburg, 4. Juni. Kaiserl. Uecke entheben den Kriegsminister Miljutin und den General-Gouverneur Finnlands Graf Adlerberg III. auf deren Bitte wegen „zerrütteter Gesundheit“ ihrer Stellungen. Wannowski ist zum Kriegsminister, Generalstabschef Heyden zum Generalgouverneur von Finnland ernannt. Ein kaiserl. Rescript verleiht Miljutin die Porträts des verstorbenen und desjenigen Kaisers mit Diamantene, auf der Brust zu tragen.

Petersburg, 4. Juni. (Offizielle Nachricht). Vom 13. Juni ab betragen die Zollgebühren pro蒲d. Tute 40 Kopeken, für Intefäke, leinene Säcke und grobe Emballagegewebe zwei Rubel, für Tute-Dielenläufer, Hanf und dergleichen 50 Prozent mehr als nach dem bisherigen Tarif.

Nach Schluss der Redaktion eingegangen.

London, 4. Juni. Die beurlaubten Offiziere der in Irland stationirten Regimenter sind beordert worden, sofort zurückzufahren. 400 Mann Gardetruppen sind gestern von Dublin nach New-Palace (?) abmarschiert, um das dortige Castell zu besetzen und die Ordnung herzustellen. Die Truppen sind beordert zu schießen, falls Widerstand geleistet wird.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

München, 3. Juni. Der Prinz Karl von Preußen ist gestern Abend, von Bozen kommend, hier eingetroffen und setzt heute Abend seine Reise über Ulm nach Wiesbaden fort.

Bpest, 3. Juni. Der ungarische Reichstag ist durch königlichen Befehl zum 24. September c. einberufen. Eine Verordnung des Ministers des Innern setzt die Vorannahme der Neuwahlen für die Zeit vom 24. Juni bis einschließlich 3. Juli c. fest.

Kopenhagen, 3. Juni. Der König begiebt sich morgen auf dem königlichen Dampfer "Dannebrog" nach Lübeck und von dort nach Hamburg, um seinen erkrankten Bruder, den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, zu besuchen und lehrt nächsten Dienstag hierher zurück.

London, 3. Juni. Unterhaus. Im Laufe der heutigen Sitzung gebrauchte der Deputierte O'Kelly den Behauptung eines anderen Deputierten gegenüber die Worte: verleumderisch und läugnerisch, nachdem schon vorher der Gebrauch des Wortes "läugnerisch" einem anderen Deputierten unterfragt worden war. Das Haus beschloß mit 188 gegen 14 Stimmen, den Deputierten O'Kelly für den Rest der Sitzung zu suspendieren. Barnell kündigte für kommenden Freitag den Antrag an, daß die Suspensions O'Kelly's durch keinen Präcedenzfall gerechtfertigt sei. — Gladstone stellte den Antrag, daß sich das Haus am Schluss der heutigen Sitzung bis zum 9. c. vertage. — Die Deputirten Gorst und Churchill drückten ihr Bedauern über die Zustände in Irland und im Transvaallande aus. Gladstone erwiderte, die Executive von Irland habe gestern Abend energische Maßregeln zur Unterdrückung der Unordnungen ergriffen. Northcote erklärt, die Mitteilung Gladstones sei weit davon entfernt, die durch das Verbleiben Gorsts in Dublin und durch die alarmirenden Gerüchte verursachten Besorgnisse zu befehligen, die größte Gefahr liege in der Schwäche und Unsicherheit der Regierung den Ereignissen in Irland gegenüber. Der Staatssekretär des Innern, Harcourt, weist die der Regierung gemachte Beschuldigung zurück und behauptet seinerseits Northcote habe den Wunsch, Besorgnisse hervorzurufen und dadurch die Schwierigkeiten zu vermehren und die Situation noch ernster zu machen. Hierauf wurde die Einzelberatung der Landbill fortgesetzt.

Petersburg, 3. Juni. Für die Dauer der Abwesenheit des Großfürsten Constantine ist der Großfürst Alexis Alexandrowitsch mit der Leitung der Marine betraut worden. — Der Reichskanzler Fürst Gortschakoff ist gestern Abend hier wieder eingetroffen.

Belgrad, 3. Juni. Die Supschina ist heute vom Fürsten mit einer Thronrede geschlossen worden, welche von der ganzen Versammlung mit lebhaften Beifällen aufgenommen wurde. Am Nachmittag hat der Fürst sodann seine Reise über Pest nach Berlin angetreten.

Politische Uebersicht.

Danzig, 4. Juni. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Erklärung der national-liberalen Partei ist mit oder ohne Absicht recht geschickt ausgewählt: so gleich nach der Vertagung des Reichstages, wo das politische Interesse nicht mehr von dessen Arbeiten in Anspruch genommen und doch noch genug politisches Interesse vorhanden ist. Die Erklärung wird von den Organen der Fortschrittspartei nicht sehr freundlich aufgenommen. Die "Lib. Correspondenz", das Organ der liberalen Vereinigung, sagt jedoch: "Mit großer Befriedigung würden alle Liberalen, welche eine Befämpfung der auf die Reactivierung des absoluten Regiments gerichteten Bestrebungen nur für möglich halten, wenn alle wirklich liberalen Elemente des Volkes sich zu gemeinsamem Wirken zusammenfühen, die Erklärung begrüßen." Weiter äußert sich das genannte Organ in folgender Weise:

"Niemand wird verkennen, daß die national-liberalen Abgeordneten durch ihre heutige Erklärung einen bedeutungsvollen Schritt gethan haben, und das herbeiführen, was die Erklärung des Herrn v. Forckenbeck und Gen. als unerlässliche Voraussetzung für die Herstellung eines 'wahrhaft consti-

tutionellen Systems' bezeichnete: 'Das einige Zusammensehen der liberalen Parteien in den wesentlichen Fragen, das Aufhören verwirrender und aufreibender Kämpfe verschiedener liberaler Fraktionen', indem sie unzweideutig dieselben liberalen Prinzipien proklamirt, welche den ihnen zugemutheten Anschluß nach rechts unmöglich machen. 'Über die veränderte Richtung', sagt die Erklärung, 'welche die innere Politik der Reichsregierung zur Zeit verfolgt, giebt sich die Partei eben so wenig einer Täuschung hin, wie über die Veränderung, welche ihre eigene Stellung zur Reichsregierung dadurch erfahren hat.' Sie präzisirt alsdann die wesentlichen Punkte, in denen die national-liberalen Partei sich in Widerspruch mit der Richtung der inneren Politik der Reichsregierung befindet: Schutz der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung, Wahrung der unveräußerlichen Rechte des Staates gegenüber der Kirche, namentlich auf dem Gebiete der Schule und der Chorherrschung; Vertheidigung der bestehenden gewerblichen Gelehrten und der auf ihr beruhenden wirtschaftlichen Freiheit; Bekämpfung des Tabakmonopols und aller auf Erhöhung der Steuerlast gerichteten Projekte, bis das volle und nachhaltige Ergebnis der vom Reichstag im Jahre 1879 bewilligten Zölle und Verbrauchssteuern vorliegt; Reform der directen Steuern in Preußen unter Entlastung der weniger bemittelten Klassen, aber entschlossener Widerstand gegen eine Verkürzung des directen Steuersystems oder eine wesentliche Schmälerung seiner Erträge zu Gunsten ungemeiner Vermehrung indirecter Steuern; Vertheidigung und Entwicklung der Selbstständigkeit und der Selbstverwaltung der Gemeinden. Auf allen diesen Gebieten ist ein gemeinsames Wirken aller Liberalen gesichert."

Bedauren müssen wir nur, daß die national-liberalen Partei eine geschlossene Stellung gegenüber der Zolltarifreform vom Jahre 1879 nicht gefunden hat, wie man nach den in letzter Zeit im Reichstag abgegebenen Erklärungen erwarten durfte. Um die Frage, ob "entgegensehende Meinungen über Schutzoll und Freihandel" zur Grundlage politischer Parteibildung dienen dürfen, handelt es sich nicht. Einer der Unterzeichner der heutigen Erklärung, Herr Dechelhäuser, hat am 16. Januar d. J. in einer Wählersammlung in Köthen erklärt, die agrarischen Zölle, d. h. die Besteuerung unserer nothwendigsten Nahrungsmittel schädige nicht nur die überwiegend große Mehrheit der Consumenten und mache uns concurrenzfähig im Auslande; sie könnten auch dem bei Weitem größten Theile, insbesondere allen kleinen landwirtschaftlichen Producenten (ca. 80 Prozent aller Grundbesitzer) keinen Nutzen bringen. Herr Dechelhäuser bezeichnete es als eine Unmöglichkeit, daß die national-liberalen Partei in dieser Frage, die keine wirtschaftliche, sondern eine vorwiegend sociale sei, künftig neutral bleiben könnte. Die Besteuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse sei mit einem liberalen Programm unvereinbar. Diese immer größere Dimensionen annimmende "sociale Frage" ist der Kern des positiven Programms der großen liberalen Partei.

Ein gutes Zeugnis ist es, daß die Offiziösen sich zu der Erklärung wenig günstig, die conservativen Organe aber sehr absprechend verhalten. Die Offiziösen sagen, die Erklärung sei offenbar ein sehr wohlmeintenes Schriftstück. Desto mehr vernehmen man die Bestimmtheit der Aufstellung gegenüber den mannigfaltigen schwedenden Fragen. Man könnte daher vor der Erklärung nur geringen Einfluß auf die nächste Entwicklung erwarten. Die Entscheidung über die wirkliche praktische Stellung der Partei sei mit dieser Kundgebung nur vertagt. Die "N. A. B." moniert, daß das Schriftstück so abgefaßt sei, daß die "N. A. B." daraus die Möglichkeit des Zusammenwirks aller Liberalen prognosticiren könne. Die strict conservativen Organe nehmen aus der Erklärung Veranlassung, die national-liberalen Partei heftig zu bekämpfen. Die "Post" sagt dazu bis jetzt gar nichts.

Die erste Sitzung des Reichstags nach den kurzen Ferien, am nächsten Donnerstag, wird ohne Zweifel beschlußfähig sein. Die Innungsfrage steht auf der Tagesordnung, und die "Germania" ermahnt alle ihre Parteigenossen sehr dringend, pünktlich auf dem Platze zu sein. Die anderen Parteien werden sich das auch gesagt sein lassen. Ob und wie lange es aber zu ermöglichen sein wird, die Beschlusshfähigkeit aufrecht zu erhalten, ist eine andere Frage und man wird mit dieser jedenfalls auch seitens der Regierung bei der Arbeitsteilung rechnen müssen. Es ist deshalb auch der 23. Juni als spätester Schlusstermin in das Auge gefaßt.

Herr v. Mirbach sagte in der Reichstagsitzung vom 30. Mai bei der Zolldebatte u. A.: "Mr. H. es ist nach meiner Überzeugung die Frage billiger Lebensmittel für die arbeitende Bevölkerung von ganz untergeordneter Bedeutung." Und nachdem er sich noch eine Weile in gleicher Richtung ereifert hatte, versiegte er sich zum Schluss wiederholz zu der Außerung, "daß die Frage der Lebensmittelpreise für die Arbeiter durchaus indifferent ist" und: "Ich glaube nach meiner vollen Überzeugung, daß die ganze Frage der billigen Lebensmittel für die Arbeiter von keiner Bedeutung ist." Nach den Stimmen, welche aus Arbeiterkreisen kommen, scheinen die Arbeiter der Meinung zu sein, daß sie von der "Überzeugung" des Hrn. v. Mirbach nicht fass werden. So sagt das Organ der zu den Gewerbevereinen gehörenden Arbeiter, der "Gewerbeverein": "Wir wünschten, Hr. v. Mirbach stieß einmal nur ein Jahr in der Facke des Arbeiters

und müßte sich bei den heutigen Löhnen mit Frau und Kind durchzuschlagen suchen. Er würde bald begreifen, welchen Unsinn er gesprochen." In einem zweiten Artikel bespricht dasselbe Organ die Wirkung der directen und indirecten Steuern für den kleinen Mann" in folgender Weise:

"Wie wohlgemeint von den conservativen 'Anwälten des kleinen Mannes', ein 'richtiges' Verhältnis zwischen directen und indirecten Steuern! Aber was hilft diese Reform den ärmeren Leuten, die schon jetzt gar keine directen Steuern zahlen. Gar nichts. Ihnen nimmt man nichts ab, sondern wählt ihnen nur neue Lasten auf. In Preußen z. B. zahlen 27 Proc. der Klassensteuerpflichtigen Bevölkerung gar keine directen Staatssteuern. Was soll es dem kleinen Mann helfen, wenn man ihm 3 oder 6 oder 9 M. jährlich an Klassensteuer und Communalsteuer abnimmt und ihm durch indirecte Steuern und Zölle statt desselben das Doppelte, Dreifache und mehr wieder auferlegt? Dafür, daß die Belastung durch die auf die Lebensbedürfnisse gelegten indirecten Steuern eine verhältnismäßig recht große ist, haben wir in diesen Tagen aus dem conservativen Lager ein recht methvolles Zeugnis erhalten. Das hochconservative 'Deutsche Tageblatt' gestht zu, daß diese indirecten Steuern, — welche nach dem letzten Etat des Reichs 8 M. jährlich pro Kopf der Bevölkerung ausmachen, also auf eine Familie von 5 Personen 40 M. jährlich — wenn man nur die Artikel Salz, Buder, Branntwein, Bier, Tabak, Kaffee, Reis, Petroleum herausgreift, über 5 M. pro Kopf jährlich betragen, also bei einer Familie von 5 Kopfen 25 M. für das Jahr.

Das eben ist der Nachteil auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse gelegten indirecten Steuern, daß sie die Armeren und die Familien mit schärfer und schwerer treffen, als die Wohlhabenderen und die Einzelstehenden. An directer Steuer zahlt bei gleichem Einkommen der Familienvater ebensoviel wie der Unverheirathete, an indirecten Steuern muß aber der Familienvater das Doppelte, Dreifache und mehr zahlen wie der Ledige, ja für die nothwendigsten Dinge wie Salz z. z. zahlt der Arme mehr als der Reiche.

Aus diesen Gründen müssen wir uns bei den Conservativen für die Förderung eines "richtigen" Verhältnisses zwischen directen und indirecten Steuern schön bedanken; unsere Parole lautet: Wegfall jeder indirecten Lebensmittelsteuer!"

Nach solchen Neuerscheinungen muß man schließen, daß die Arbeiter und der kleine Mann sich nicht durch die Schlagworte der neuen Wirtschaftspolitiker beeinflussen lassen werden. In anderen Berufskreisen finden dieselben häufig noch einen günstigeren Boden. So erhielt die "Nord. Allg. Blg." vor Kurzem aus Westpreußen von "hochgeachteter Seite" die Buzchrift eines naiven Gemüthes, welches über die hohen Schul- und Armenlasten klage und den Reichskanzler bat, er möge diejenigen den davon Betroffenen abnehmen und ersehen durch Zölle, "welche das Ausland trägt."

Das Dogma, daß das Ausland die Zölle trage, hat einen neuen Jünger gefunden in dem jebigen Führer der Czechen Dr. Rieger, dem Schwiegersohn des verstorbenen czechischen Historikers Palacky. Derselbe äußerte sich bei der weiteren Berathung des sogenannten deutsch-österreichischen Handelsvertrages im österreichischen Abgeordnetenhaus dahin, daß er zwar ein "theoretischer Freihändler" sei; es müsse jedoch jeder verständige praktische Mann mit den Thatachen rechnen, und diese Thatachen gruppieren sich in dem Kopfe des Czechenführers folgendermaßen: "Der Staat braucht Geld, und das Geld liegt sozusagen auf der Gasse, respective an den Grenzen, in der Form der Zölle. Durch diese können Millionen hereingebracht werden, ohne daß die Staatsbürger belastet würden." Wir wissen nicht, wie Herr Rieger sich nach Proclamirung solcher Grundsätze als "theoretischer Freihändler" betrachten kann. Wenn dem wirklich so wäre, so würde der Freihandel eine Thorheit sein.

Die Meinung, daß man durch ein System von auf alle möglichen Dinge gelegten Abgaben und Steuern dem Staat eine unerhöhlliche Menge von Einnahmen verschaffen könne, war vor wenigen Lusten auch in Italien verbreitet, und man handelte darnach. Man schuf ein complicirtes Zoll- und Steuersystem, durch welches man eine ungemein große Vermehrung der Staatsentnahmen zu erzielen hoffte. Aber man wurde sehr enttäuscht; man mußte die Erfahrung machen, daß das Staatsfach nicht eine unerhöhlliche Steuerquelle ist, und daß man, wenn man es auf allen Seiten durch möglichst viele hohe Zölle und Steuern anbohrt, dadurch zwar die Zahl der Einnahmenquellen vermehrt, jede einzelne derselben aber nur weniger ergiebig macht, so daß das Gesamtresultat kein besseres, sondern wegen des complicirten und kostspieligeren Apparates ein mangelhafter ist.

Im französischen Senat hat gestern Waddington als Referent den Bericht der Commission vorgelegt, welche die Ablehnung des von der Kammer beschlossenen Gesetzentwurfs über Wiederherstellung der Listenwahl beantragt. In dem Berichte wird jeder Gedanke an einen Conflict mit der Kammer zurückgewiesen und erklärt, daß falls ein Conflict entstehen sollte, die Verantwortung dafür nicht dem Senate zufallen würde. Ferner wird in dem Berichte auf die in der Listenwahl liegenden Gefahr hingewiesen, indem dieselbe irgend einen Prätendenten herbeiführen könnte, welchem Widerstand zu leisten die Kammer und der Senat gar nicht die Macht besitzen würden, weil er als der Erwählte der Nation anzusehen sei werde. — Die Berathung über die Listenwahl wird im Senat nächsten Donnerstag stattfinden.

Bei der Wiedereröffnung der italienischen Deputirtenkammer erklärte der neue Ministerpräsident, ein Programm werde er nicht vorlegen, weil das eine unnütze Wiederholung sein würde, er glaube aber bezüglich der Absichten des neuen Cabinets doch einige Hauptpunkte berühren zu sollen. Er habe das Mandat zur Bildung des neuen Cabinets angenommen in Folge der Aufmunterung Cattoli's und mehrerer früherer Minister, welche das neue Cabinet zu unterstützen versprochen hätten, sodann sei er auch bei Annahme des Mandats von der Notwendigkeit geleitet worden, die Wahlreform zu vollenden. Was die Ministerien des Kriegs und der Marine betreffe, so seien in deren Budgets bereits in den letzten Jahren Erhöhungen eingeführt worden, und die Reorganisierung der Armee erwarte ihre Vollendung. Dieselbe werde jetzt bei der eingetreteten Besserung der Finanzen und des Credits besser bewerkstelligt werden können, indem man den Budgets dieser beiden Ministerien den für das laufende Jahr bereits gesicherten Überschuss zuwende; er hoffe, dieses System werde auch in den nächsten Jahren befolgt werden und binnen 2 bis 3 Jahren, bei einer Mehrausgabe von 200 Millionen für die Armee, eine Besserung der Armeeverhältnisse herbeiführen, ohne daß dadurch die wirtschaftlichen Interessen geschädigt würden. Das Cabinet hoffe, daß die Kammer demnächst das Handelsgelehrbuch und die übrigen ihr vorgelegten Gesetzentwürfe votiren würde. Was die Beziehungen zum Ausland angehe, so müsse Italien seinen Platz als Großmacht aufrecht erhalten und sich auf denselben, auf der Grundlage der Gerechtigkeit und gegenseitigen Achtung befestigen. Italien werde sein Möglichstes thun, um seine Pflichten gegenüber den internationalen Freiheiten mit der Furcht gegen sich selbst zu vereinigen, Italien, das zuletzt in das Concert der Nationen eingetreten sei, sei ein Element der wirtschaftlichen Ordnung und des Friedens, Italien werde sich als ein solches Element erhalten und nichts Anderes als einen würdevollen Frieden verlangen. Dagegen soll mit dem Ausbruch der Hoffnung, daß die Kammer das neue Cabinet unterstützen werde.

Dass die russische Regierung in Maßnahmen lediglich von der Furcht bestimmt wird, beweist das neue sonderbare Verfahren, was man eingeschlagen hat, nachdem der Stadtrath von Petersburg den scheidenden Loris-Melkoff zum Ehrenbürger der Stadt ernannt hat. Diese Thatache erscheint der Regierung bereits von solch gefährlichem revolutionären Charakter, daß sie streng Maßregeln ergriffen hat — diesen Beschuß nicht in die Öffentlichkeit kommen zu lassen!

Deutschland.

Berlin, 3. Juni. Die "Kreuztg." macht heute den Versuch, der mangelfähigen Kenntnis der "Germania" von dem Inhalte des viel beprochenen Briefwechsels zwischen dem Kaiser und dem Papst nachzuhelfen, indem sie mittheilt, daß ihres Wissens die Absicht der Curie ursprünglich die gewesen sei, für die Diözese Trier einen Bischofsverweser zu ernennen, also die Bestellung eines solchen dem Trierer Domkapitel, dessen culturmäpferische Neigungen bekannt sind, nicht zu überlassen. Ist das richtig, so war die Wahl des Domkapitulars de Lorenzi ein Act der Insubordination Rom gegenüber. Die Nachricht der "Kreuztg." ist zum Mindesten nicht unwahrscheinlich, und man erinnert sich des Gesandtnisses ultramontaner Blätter, daß man in Trier vorausgewußt habe, wie wenig Aussicht der gewählte Bischofsverweser hatte, vom Eide auf die Gesetze dispensirt zu werden. Dass in diesem der Bischof des Geburtsstags des Kaisers eingeleitet sein soll, sich auf den Trierer Fall bezieht, ist wenig gläublich, wenn wie die "Germania" versichert, daß die Antwort des Kaisers bereits erfolgte, ehe die Wahl de Lorenzi's stattgefunden hatte. In diesem Falle müßte doch der Kaiser sich mit seiner Antwort außerordentlich beeilt haben. Der Geburtstag de Lorenzi's ist, wenn wir nicht irren, gegen Ende März erfolgt. Am 8. April aber war die "N. A. B." schon in der Lage mitzuheilen, daß die Staatsregierung die Dispensation vom Eide nicht zugestanden habe. An sich ist es nicht unwahrscheinlich, daß der Kaiser in seiner Antwort dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben habe, daß durch den Trierer Zwischenfall die Bemühungen, geregelte Diözesanverhältnisse herbeizuführen, durchkreuzt worden seien. Immerhin aber wird man annehmen dürfen trotz der Verjährung der "Kreuztg.", daß der Briefwechsel nach der Absicht eines oder des anderen Brieftellers eine allgemeine Bedeutung hat. Wenn zwischen hier und Rom eine Verständigung über einzelne Bedürfnisse der Verwaltung ver sucht wird, so geschieht das jedenfalls nicht in Form eines Schreibens des Kaisers an den Papst. Die Bemerkung der "Kreuztg." führt demnach zu der Annahme, daß anderweitige Verhandlungen eingeleitet sind, über welche vorläufig das übliche Schweigen beobachtet wird. — Der Bundesrat hat gestern allerdings, wie auch der "Reichsanzeiger" bestätigt, den Handelsvertrag mit Belgien vom 30. Mai als definitive Genehmigung ertheilt, so daß der Vorlegung des Vertrags bei dem Reichstag nichts entgegensteht. Der von dem Reichstag beschlossene Gesetzentwurf wegen Bezeichnung des Raumgehalts der Gesäße, in welchen Flüssigkeiten zum Verkauf kommen, wird mit Rücksicht auf die Abänderungen, welche die Vorlage im Reichstage erlitten hat, noch Gegenstand weiterer Berörterungen im Bundesrat sein. — In der Erklärung, welche die deutschen Delegirten zur Pariser Münzkonferenz in der Sitzung vom 5. Mai abgegeben haben, hatte die Reichsregierung sich unter gewissen Voraussetzungen bereit erklärt u. a. auch die Reichskassen scheine zu fünf Mark im Betrage von 40 Mill.

einzuzeichnen. Nach den bisherigen Absichten sollten an Stelle dieser kleinen Appoints Reichskassenscheine zu 50 Mk. ausgegeben werden und zwar wurde diese Umwandlung motiviert mit der Erhöhung des Umlaufs von Reichsmünzen. Vorläufig innerhalb hat bestimmtlich die Bundesrath nur eine Veranordnung der Reichsmünzen beschlossen. Es müsste demnach überprüft werden, wie der "Nat. Sta." gemeint wird, dem Bundesrath bemächtigt ein Antrag auf Einziehung der Reichskassenscheine nicht nur zu führen, sondern auch derjenigen zu 20 Mk. zugehen sollte. Die Umwandlung derselben in Appoints zu 50 Mk. könnte nur den Zweck haben, den Verlust zu stärkerer Verwendung namentlich der Silberthaler zu zwingen.

△ Berlin, 3. Juni. Der belgische Handelsvertrag, welcher gestern im Bundesrat allgemeine Zustimmung fand — der bairische Gesandte war ohne Information, und es ist deshalb möglicher Weise noch eine formelle Abstimmung erforderlich — hat folgenden Wortlaut: „Die kaiserlich deutsche Regierung und die königlich belgische Regierung haben zum Zwecke einer Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Belgien nachstehende Übereinkunft getroffen: Artikel 1. Der Handelsvertrag vom 22. Mai 1865, welcher auf Grund der Übereinkunft vom 22. April 1880 für die Zeit bis 30. Juni 1881 in Kraft erhalten worden ist, bleibt in Geltung bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder der andere der hohen vertragsschließenden Theile denselben gekündigt hat. Es herrscht darüber Einverständnis, daß diese Verlängerung sich nicht auf die bereits außer Kraft gesetzten Bestimmungen in den Artikeln 7 und 8 des Vertrags erstreckt. Artikel 2. Die gegenwärtige Übereinkunft soll ratifiziert werden, und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Berlin ausgetauscht werden. Zu Urkunde dessen haben die Unterzeichneten im Namen ihrer Regierungen vorstehende Übereinkunft in doppelter Ausfertigung unterzeichnet und ihre Siegel beigebracht. So geliehen zu Berlin, den 30. Mai 1881.“ — Hinsichtlich der Übereinkunft mit Dänemark wegen Auslieferung von Deserteurern der Handelsmarine beschloß der Bundesrath, sich damit einverstanden zu erklären, daß eine solche Vereinbarung getroffen und hierbei das zwischen Deutschland und Großbritannien bestehende gleichartige Abkommen vom 5. Novbr. 1879 zu Grunde gelegt werde.

△ Berlin, 3. Juni. Mit dem Antrage der Commission des Reichstags, die für den deutschen Volkswirtschaftsrath im Nachtrag setzt in Ansatz gebrachte Summe zu bewilligen, ist dem Reichstag der Entwurf der kaiserlichen Verordnung betreffend die Errichtung eines deutschen Volkswirtschaftsrathes zugegangen. § 1 der Verordnung lautet: „Entwürfe von Gesetzen und Verordnungen, welche wichtige Interessen von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft betreffen, sind, bevor sie dem Bundesrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden, in der Regel von dem nach den Bestimmungen dieser Verordnung zu bildenden deutschen Volkswirtschaftsrath zu begutachten. Entwürfe, welche bereits an den Bundesrath gelangt sind, hat der Volkswirtschaftsrath zu begutachten, sofern der Bundesrath dies beschließt.“ Dieser Zusatz ist die einzige Abänderung, welche der Entwurf im Bundesrat erfahren hat. In Uebereinstimmung mit der Verordnung vom 17. Dezember 1880 und also auch der preußischen Volkswirtschaftsrath bestehen. Derselbe wird lediglich durch Hinzutritt von 50 Mitgliedern, welche die übrigen deutschen Staaten präsentieren, zu einem deutlichen erweitert. Die Berufung der Ausschüsse, Sectionen und des Plenums erfolgt durch den Reichsanziger, der auch den Vorsitz führt, sich aber durch einen geeigneten Beamten vertreten lassen kann.

△ Die Erklärung der nationalliberalen Partei hat folgenden Wortlaut:

„Die am 29. Mai in Berlin versammelten, der nationalliberalen Partei angehörigen Mitglieder des Reichstags und der Volksvertretungen deutscher Einzelstaaten haben beschlossen, die nachstehende Erklärung der Deutschen Nationalpartei zu übergeben: Die nationalliberale Partei steht in unverbrüderlicher Freundschaft zu Kaiser und Reich. Bei voller Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Rechte der Einzelstaaten wird sie nach wie vor der weiten Entwicklung der Reichsinstitutionen in nationalem und freiheitlichem Sinne ihre Dienst widmen. Was für die Teilnahme unter entscheidender Mitwirkung der Partei geschehen ist, bezeugt die Geschichte und die Gelehrte des Reichs in den ersten 10 Jahren seines Bestehens. Die nationalliberale Partei hält es für ihre nächste und wichtigste Aufgabe, daß auf diesem Wege Geschaffene in seinen wesentlichen Grundlagen ungeschmälert zu erhalten, ohne der bestehenden Abhilfe sich zu verlegen, wo einzelne Mängel in der Erfahrung hervorgerufen sind.

Ihr Vertrauen zu der das Ansehen Deutschlands und den Frieden Europas sichernden Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten besteht unverzerrt fort. Ueber die veränderte Richtung, welche die innere Politik der Reichsregierung zur Zeit verfolgt, giebt sich die Partei ebenso wenig einer Täuschung hin, wie über die Veränderung, welche ihre eigene Stellung zur Reichsregierung dadurch erfahren hat. Aber die Zurückhaltung, welche hierdurch der nationalliberale Partei auferlegt ist, wird sie nicht abhalten, alle Vorlagen der Regierung auch auf dem Gebiete der inneren Gelehrte unbefangen und sachlich zu prüfen und dem als natürlich Erkannten ihre Unterstützung zu leisten. Dies gilt namentlich auch von den Vorschlägen, welche für die arbeitenden Klassen die Förderung der Wohlfahrt und den Schutz gegen die Folgen von Unglücksfällen im Auge haben. Gerecht der natürlichen und übernommenen Verpflichtung werden wir der sozialistischen Bewegung nicht lediglich durch die Niederhaltung drohender gewaltfester Ausbrüche, sondern vor Allem auch durch positive Maßregeln für das Wohl der arbeitenden Klassen entgegenzutreten bemüht sein.“

Alle Bestrebungen, gleichviel von welcher Seite sie kommen, welche auf die Schmälerung der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung und auf die Rüttelner zu abgestorbenen Formen unseres wirtschaftlichen Lebens gerichtet sind, wird die Partei mit Entschiedenheit bekämpfen. Sie ist jederzeit bereit dazu beizutragen, daß ein friedliches Verhältnis zwischen Staat und Kirche wiederhergestellt und aufrecht erhalten wird. Sie weiß auch sehr wohl die große Bedeutung des kirchlichen Lebens für unser Volk zu würdigen. Aber den nothwendigen und unveräußerlichen Rechten des Staates gegenüber der Kirche wird sie keinen Abbruch geschehen lassen, namentlich nicht auf den Gebieten der Schule und der Ehegesetzgebung, wo Uebergriffe kirchlicher Reaction gerade in Deutschland stets am peinlichsten empfunden sind und am unheilvollsten gewirkt haben.

Entslossen, die bestehende gewerbliche Gesetzgebung und die auf ihr basierende wirtschaftliche Freiheit gegen reactionäre Angriffe zu verteidigen, halten wir an der Ueberzeugung fest, daß entgegenstehende Meinungen über Schatz und Freihandel nicht zur Grundlage politischer Parteibildung dienen dürfen. Die Verschiedenheit der landeskirchlichen Interessen je nach dem Vorwiegenden von Handel und Schiffahrt, von Alterbau oder von Industrie erfordert dringend, daß innerhalb unserer Partei abweichende Anschaungen über Befragungen Raum lassen wird. Ein Aufgeben dieser Freiheit würde eine über ganz Deutschland sich erstreckende nationalliberale Partei unmöglich machen. Kaum vollständig zurückgedrängte politische Gegenseite von Norden und Süden, von Osten und Westen müssten in unserem noch so jungen deutschen Reich aus das Gefährliche immer von neuem hervorbrechen, wenn große wirtschaftliche Interessen zugleich als politische Parteien sich bekämpfen. Die Stellung der eigenen Einnahmen des Reiches und die ausgleichende Befriedigung seiner finanziellen Bedürfnisse gehört zu dem alten Programm der Partei. Sie ist einer entsprechenden Vermehrung der indirekten

Reichssteuern zu diesem Zweck nicht entgegengestellt. Gegen das Projekt des Tabakmonopols hat sie aus wirtschaftlichen wie aus politischen Gründen unterschieden Widerstand erhoben. Vor dem Eingehen auf weitere umfassende Pläne, welche die Steuerkraft des Landes in höherem Maße in Anspruch nehmen, muß zunächst das volle und nachhaltige Ergebnis der vom Reichstag im Jahre 1879 billigten Sätze und Verbrauchssteuern abgewartet werden.

In Preußen wird die Partei bei einer Reform der direkten Steuern mitwirken, welche die Entlastung der weniger begünstigten Klassen von einem Theile der ihnen auferlegten Steuern bestimmt ist. Einer Verstärkung des direkten Steuersystems oder einer wesentlichen Schmälerung seiner Folge zu Gunsten angemessener Vermehrung indirekter Steuern werden wir uns widersegen. Für die Überweitung eines Theiles der Grund- und Gebäudesteuer in Preußen an die Communen und Communalverbände — eine alte Forderung der liberalen Partei — werden hoffentlich im Jahre 1879 bewilligte Reichsteuern mit ihren nachhaltigen Erträgen unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen einer umfassigen Finanzverwaltung die Mittel bieten.

Gegen eine übermäßige Centralisation der Staatsgewalt werden wir die Selbstständigkeit und die Selbstverwaltung der Gemeinden verteidigen und weiter entwickeln. Nach schmerlichen Erfahrungen und Brüchen der Vergangenheit ist die nationalliberale Partei aus der Überzeugung untreuer, daß eine über ganz Deutschland ausgebreitete, unabdingbare, reactionäre wie radikale Tendenzen gleichmäßig sich fernhaltende, durch die Unterordnung individueller Ansichten unter die großen gemeinsamen Zielen der liberalen Partei eine Nothwendigkeit ist. Ohne eine solche Partei würde ein fortdauernder, die Grundzüge des Staats erschütternder Kampf zwischen extremen Richtungen, an denen andere Staaten tranken und nicht zur Ruhe kommen können, unseres Vaterlandes nicht erspart bleiben. An dieser Überzeugung hält die nationalliberale Partei auch in der heutigen Zeit unerschütterlich fest, wo wirtschaftliche Sorgen die politische Enttäuschung und Verbürtigung das rubige Urtheil zu verwirren und die Bevölkerung in großer Zahl dem politischen Leben zu entstremmen oder extremen Richtungen nach rechts oder links auszutreiben drohen. Für Deutschland ist nach wie vor eine Partei nothwendig, welche die weitere Entwicklung unseres Vaterlandes auf den mühsam erlangten Grundlagen in entschieden freiheitlichem aber zugleich maßvollem und die realen Verhältnisse beachtendem Sinne erfreite. Wir halten fest an der Überzeugung, daß diese Auffassung bei unserem Volke in Stadt und Land noch in weitestem Umfange volle Zustimmung findet.

Unabhängig, in sich geziert, frei von Ermüdung wie von Verbürtigung, zu ernster Arbeit entschlossen, wird die nationalliberale Partei auch unter gesteigerten Schwierigkeiten ferner ihre politische Pflicht erfüllen. Parteien, welche gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, werden uns zur Verständigung und zu gemeinsamem Wirken bereit finden.“

* Gestern ist in Frankfurt a. O. der bisherige Landessdirector der Provinz Pommern, v. Heyden-Gadow, das bekannte conservative Mitglied des Abgeordnetenhauses, in seine neue Stellung als Regierungspräsident in Frankfurt a. O. eingezogen. Es verlaute, daß der pommersche Provinziallandtag befürchtet, daß frühere Mitglieder der conservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses, Frhr. v. d. Goltz, Landrat a. O., zum Landessdirector der Provinz Pommern zu wählen; Frhr. v. d. Goltz hat, nach der „N. Z.“ früher den Kreis Dramburg als Landrat verwalet. Die „Kreuz-Zeitung“ hält diese Nachricht für nicht unähnlichlich; bestimmte Entschlüsse seien selbstverständlich noch nicht gefaßt, da der Provinzial-Landtag von Pommern nicht tagt. Es könnte sich also nur um Absichten einflussreicher Mitglieder des Provinzial-Landtags handeln.

Kiel, 3. Juni. Die Glatthead Corvette „Luise“ ist heute von Arendal hier eingetroffen.

Dänemark.

Copenhagen, 2. Juni. Anlässlich des Verbots der Polizei, die Leiche des Socialistenführers Brix in Prozession fortzuführen, hielten die Socialdemokraten gestern eine stürmische Versammlung in ihrem Vereinshof, ein Polizeibeamter wurde misshandelt, dann der Saal durch starke Polizeimannschaft geleert. Auf den Straßen setzte sich der tumult fort, die Polizeimannschaft trieb die Menge mit ihren Stäben auseinander.

England.

* Die deutsche Kronprinzessin wird im Juli zum Besuch der Königin in England erwartet.

Frankreich.

Paris, 1. Juni. Im Abgeordnetenhouse kam der Ausbau des Pavillon Marson und des nördlichen Flügels der Tuilerien zur Sprache, ein Thema, das schon öfter die Kammer beschäftigt hat und für eine parlamentarische Behandlung nicht ohne Reiz ist. Im Pavillon Marson, im nördlichen Flügel der Tuilerien, soll nach einem Besluß von 1875 auf Antrag des damaligen Bautenministers der Rechnungshof sein Unterkommen finden. Für die Wiederherstellung dieser Theile der Tuilerien waren 4 Millionen veranschlagt und bewilligt, dann wurde eine Nachbewilligung von 2 500 000 Frs verlangt, um den Bau zu vollenden. Im Jahre 1878 aber stellte sich heraus, daß nicht zum Abschluß, sondern zur Fortführung des Baues noch ein weiterer Aufwand von 8 Millionen notwendig sei, so daß nun die Kosten sich um 11 Millionen höher beliefen, als der Anschlag. Herr de Freycinet, der 1878 Bautenminister war, suchte nun festzustellen, ob sein Vorgänger oder der Architekt diese ungeheure Verrednung verschuldet habe, mehr als ein „Mißverständnis“ ließ sich aber damals nicht herausbringen. Der Minister hatte in dem Wahne gelebt, daß mit der ersten Nachbewilligung die Vollendung des Baues gesichert sei, während der Architekt es für nicht nötig gehalten zu haben scheint, den Minister der Läusigkeit zu entkräften. Herr Sadi Carnot, der augenblickliche Minister für öffentliche Bauten, kann auf Anfrage diesen Sachverhalt nur bestätigen und fügt als Trost hinzu, daß nach dem Urtheile der Abtheilung für Civilbauten die Ausgabe eine keineswegs ungerechtfertigte Höhe erreicht.

Italien.

Rom, 2. Juni. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde von dem Deputirten Arbib eine Interpellation über den gegenwärtigen Zustand der Armee, von dem Deputirten Massari über die Vorlegung der seit dem Jahre 1878 in Bezug auf die tunesischen Angelegenheiten ergangenen diplomatischen Schriftstücke beantragt und zugleich um Auskunft über die Entschädigungsrechte der in Peru sich aufzuhaltenden Italiener gebeten. Die Verhandlung über die Interpellation Arbis wurde bis zur Beratung des Budgets des Kriegsministeriums vertagt. Auf die Interpellation Massaris erwiederte der Minister des Auswärtigen, Mancini, er sei eben erst in das Ministerium getreten und könne sich im Augenblick nicht verpflichten, Documente zu publiciren, die ihm selbst noch nicht bekannt seien. Was die in Peru befindlichen Italiener anbetrifft, so habe die italienische Regierung ihretwegen bei der chilenischen Regierung reclamirt und letztere habe ein Schiedsgericht vorgeschlagen. Die italienische Regierung habe sich vorbehalten, andere Mächte zu befragen, welche sich Peru gegenüber in der nämlichen Lage wie Italien befänden. Massari erwiederte, er hoffe, daß die italienischen Staatsangehörigen Gerechtigkeit erlangen würden. Die sofortige Vorlage der auf Tunis bezüglichen diplomatischen Schriftstücke habe er nicht verlangt. (W. T.)

Petersburg, 31. Mai. Gestern Abend erging an die hiesigen Zeitungen ein Befehl von der Oberpreßverwaltung, über die geistige Sitzung der Stadtkuma, in welcher Graf Voris-Melikoff zum Ehrenbürger ernannt worden war, nichts zu veröffentlichen.

Danzig, 4. Juni.

* [Telegraphisches Weiter-Prognostikon der deutschen Seewarte für Sonntag, den 5. Juni.] Veränderliche Bevölkerung mit mäßigen westlichen Winden, Temperatur kühler, nachher Regen.

* Dem „B. C.“ zufolge verlautet jetzt in Berlin, daß als Termin für die Reichstags-Neuwahlen erst die zweite Hälfte des Oktober in Aussicht genommen sei. Die Nachricht ist aber entschieden sehr zweifelhaft. Schon die Eile, mit welcher die Regierung den Steuererlass in Scène gesetzt und von dem wirtschaftlich ungünstigsten in das wirtschaftlich günstigste Quartal verlegt hat, dürfte gegen einen späteren Termin sprechen.

* Die diesjährige Districtsschau des Centralvereins westpreußischer Landwirte in Graudenz ist nunmehr auf den 31. August festgesetzt. In Chrenpreisen sind ausgeworfen für Hindrich 1 silberne und 3 bronzen Staats-Medaillen, 3 silberne Vereins-Medaillen; für Pferde 1 silberne und 3 bronzen Staats-Medaillen, 3 bronzen Vereins-Medaillen; für Schafe 1 bronzen Staats-Medaillen und 1 Vereins-Medaillen; für Schweine 1 bronzen Staats-Medaillen und 1 bronzen Vereins-Medaillen. An Chrenpreisen kommen ferner für landwirtschaftliche Maschinen, Geräte u. s. w. 1 silberne und 4 bronzen Medaillen zur Vertheilung.

* Die Kreisschul-Inspectoren sind — so wird wenigstens aus Uppenbergs berichtet — in Folge höherer Verordnung angewiesen worden, die bis jetzt üblich gewesenen Hüte- und Dienstuniformen sowie eine schulplastische Kleidung in diesem Jahre nicht mehr zu ertheilen. Diejenigen Lehrer, welche während der Schulzeit schulplastische Kinder in ihren Wirtschaften beschäftigen, sind einer Polizeiabschaffung gewidmet.

* In der St. Johanniskirche findet am ersten Pfingstferntag während des Vormittagsgottesdienstes die Aufführung einer Festmusik statt.

* Die große Orgel in der katholischen Kirche zu Oliva ist wieder einer größeren Reparatur bedürftig, und zwar ist es hauptsächlich das Gehäuse, welches aus 13 Blasebälgen besteht. Der Raum, in welchem dieselben untergebracht sind, liegt an der sogenannten Weiterseite. In Folge dessen sind die Blasebälge häufig mit feuchter Luft gefüllt, welche für dieselben sehr nachteilig ist, so daß sie oft repariert werden müssen. Die kgl. Regierung hat nun beschlossen, die Blasebälge in ein anderes System umzubauen, nach welchem die feuchte Luft keine Einwirkung auf die selben äußern kann. Die Aufführung der Reparatur ist dem hiesigen Orgelbauer Herrn E. Streicher übertragen, welcher demnächst mit den Arbeiten beginnen wird.

* Der vorgestern von Königsberg abgelaufene Pfingst-Extrajug fuhr von Dirschau mit gegen 400 Personen ab. Aus Königsberg batte der Zug bereits 218 Personen mitgenommen.

* Zum bevorstehenden Provinzial-Sängertage wird von dem gegenwärtig in Düsseldorf stattfindenden Ausfahrt des Sängerbundes die Einführung eines Extrajuges für die an dem Feste teilnehmenden Sänger bei der Königlichen Bahnanstalt beauftragt werden, bei dessen Benutzung die Reisenden Fahrpreis-Ermäßigungen genießen.

* Der Conditor L. hatte gestern verschiedene auf den Gräbern stehende Topfgewächse ihrer Blüthen herabgestoßen. L. wurde dabei von dem Wächter betroffen und verhaftet. [Polizeibericht vom 4. Juni.] Verhaftet: der Arbeiter G. wegen Verbrechens gegen die Stiftlichkeit, Conditor L. wegen Diebstahls, Arbeiter L. wegen Misshandlung, Arbeiter S. und B. wegen großen Unfugs, 12 Obdachlose, 5 Bettler, 18 Dörnen. Der Arbeiter G., welcher am 2. auf der Straße in Stadtgebiet und der Arbeiter G., welcher gestern auf der Elisabeth-Kirchengasse in hilflosem Zustande stand, wurden durch polizeiliche Vermittelung nach dem Arbeitshaus verhoben. — Geföhlt: dem Maurergesellen H. eine Mauerkelle, der verehelichte Zimmergeselle G. aus Einlage eine kleine silberne Uhrläderuhr, dem Schneider J. ein Kostüm mit rothcaritem Bezug, der Frau Kaufmann K. ein Damen-Paletot, ein rotbrauner Kleiderrock, 1 weiße Schürze, 2 rot und blau gestreifte Schürzen, ein graues Corset, 1 Kerzen, 1 Paar Stulpen und 1 Paar wollene Strümpfe, dem Kanonier P. ein Paar Extra-Militärhothen und dem Gefreiten L. ein Paar Schätzstiefel mit Sporen, dem Kaufmann J. durch zwei Burschen ein Kasten mit weiblichen Tochten-Geschäften. Gefunden: eine Tonne Theer auf der Johanniskasse, abzubrennen auf dem Stadthof; ein Strickzeug nebst einem Bäckchen Wolle auf Poggendorf, abzubrennen und das, wie es geschieht, nicht verarbeiten müssen. Die kgl. Regierung hat nun beschlossen, die Blasebälge in ein anderes System umzubauen, nach welchem die feuchte Luft keine Einwirkung auf die selben äußern kann. Die Aufführung der Reparatur ist dem hiesigen Orgelbauer Herrn E. Streicher übertragen, welcher demnächst mit den Arbeiten beginnen wird.

* Gestern Nachmittag stürzte die Arbeiterfrau S. in dem Hause, wo sie wohnt, die Treppe herunter und zerbrach den linken Unterarm, trug auch noch andere Verlehrungen davon. — In derselben Zeit fiel der Matrose H. auf dem Schiffe „Borussia“ vom Bormarskopf auf Deck herab und lag sich dadurch eine starke Kopfwunde zu. Beide Personen wurden nach dem Stadtkrankenhaus geführt.

Milch-Reditton im Mai. Gute Marktmitte soll ein spec. Gew. von 1028—1034, einen Fettsgehalt von 2% und einen Rahmgehalt von mindestens 8% und zwar alle drei Marktmaße nebeneinander haben. Risch, Sandweg, spec. Gewicht 1028, Fettsgehalt 1%, Rahmgehalt 7%. Arendt, Gimmermacherhof 1, spec. Gew. 1030, Fettsgehalt 2%, Rahmgehalt 7%, dientlich, spec. Gew. 1029, Fettsgehalt 2%, Rahmgehalt 8%, Vogel, Sandweg 3, spec. Gew. 1031, Fettsgehalt 2%, Rahmgehalt 7%. Schubmacher, Kl. Plehnendorf, spec. Gew. 1031, Fettsgehalt 2%, Rahmgehalt 8%, Klostrosit, hinter Lazarett 15, spec. Gew. 1032, Fettsgehalt 2%, Rahmgehalt 9%. Sandweg 14, spec. Gew. 1033, Fettsgehalt 2%, Rahmgehalt 10%. Scharding, Petrikirchhof 9, spec. Gew. 1033, Fettsgehalt 2%, Rahmgehalt 9%. Bäckerei Sandweg 9, spec. Gew. 1032, Fettsgehalt 2%, Rahmgehalt 10%. Genfow, Schellmühl, spec. Gew. 1030, Fettsgehalt 2%, Rahmgehalt 8%. Almendingen 11, spec. Gew. 1032, Fettsgehalt 2%, Rahmgehalt 7%. Brück, Bürgerwehr 11, spec. Gew. 1033, Fettsgehalt 2%, Rahmgehalt 9%.

†† Berent, 3. Juni. Bei der gestern Abend im bestens besetzten Lehrer-Seminar beendigten Abgangs- und Bewerberprüfung, welche unter dem Vorsitz des Provinzial-Schulrats Dr. Kanter und im Beisein der Reg.-Schulräthe Wanjura aus Danzig und Dr. Schulz aus Marienwerder abgehalten wurde, erhielten sämtliche 30 Seminaristen, die zu der Prüfung zugelassen waren, und von 6 Bewerbern 5 das Zeugnis über die bestandene Lehrerprüfung. Heute beginnt die Aufnahmeprüfung, wozu sich 63 Bewerber gemeldet hatten, aber nur 47 zugelassen wurden, weil die übrigen erst kürzlich in Graudenz und Braunsberg die Aufnahmeprüfung nicht bestanden hatten. — Anfangs dieser Woche brannte in Lubian, 1 Meile von Berent, das Schulhaus während der Schulzeit ab. Das Feuer hatte vom Bäckerei aus, wo Brod gebacken wurde, sich schnell verbreitet. — Seit 14 Tagen ist hier kein Tropfen Regen gefallen. Die von der anhaltenden

Dürre ausgebrannten Felder mit den kaum Fuß hohen Getreidepflanzen bieten einen traurigen Anblick dar. Das Ungezügel hat sich in dem trocken Mat massenhaft entwickelt und die Obstbäume leben vom Infektrien

Freireligiöse Gemeinde.
Am 1. Pfingsttage Vorm. 10 Uhr
und am 2. Pfingsttage Vormittags
8½ Uhr: Predigt Dr. Predia. Röckner.
Die heute erfolgte Geburt einer ge-
sunden Tochter zeigen ergeben an.
Schewen, den 3. Juni 1881.
W. Böhm und Frau.
Auguste Hannemann
Conrad Erdmann
Verlobte.
Brohn. Danzig.

Gestern Abend starb nach
längerem Leiden mein ge-
liebter Mann, unser guter Vater,
der Tabakfabrikant

L. Kallmann

in Berent,
im Alter von 67 Jahren.
Um stille Theilnahme bitten
die Hinterbliebenen.

Berent, den 4. Juni 1881.

Die Beerdigung findet Sonn-

tag, den 5. d. Mts., Nachmittags

4 Uhr, statt.

(7803)

Heute Nachmittag endete an der
Gebirnerweidung der Tod der 1½-
jährigen schweren Leiden meines geliebten
Bruders, des Rittmeisters und früheren
Gutsbesitzers

Robert Reimer

im 43. Lebensjahr, welches ich tiefge-
seugt anzeige.

Emma Mueller, geb. Reimer.

Schönau b. Schwerin, d. 3. Juni 1881.

Am ersten Pfingstfeiertage wird bei
den Gottesdiensten in der Ober-
pfarrkirche zu St. Marien eine Kollekte
zum Besten des Franzen-Vereins für
christliche Bildung des weiblichen Ge-
schlechts im Morgenlande abgehalten
werden. Um rege Beteiligung wird
ergebeten.

Der Vorstand.

Dr. Benno Kohtz,
pract. Arzt und Specialarzt für Franzen-
fräulein mit Geburtskliniken,
Wollwebergasse 28.

Sprechstunden: Vorm. 9—10 Uhr.

Nachm. 4—5 Uhr.

An Ordre

find von Flensburg per Schiff „Ge-
brüder“ Capt. Kiel,

17 Mille Mauersteine

angekommen. Der Inhaber des ge-
richteten Concessions wird ersucht, sich
zu melden bei

Wilh. Ganswindt.

Dampfer-Gelegenheit

nach Libau & Riga

SD. „Constance“ ladet in Neufahr-
wasser nächste Woche.

Anmeldungen erbeten

F. G. Reinhold.

Düsseldorfer Silber-Lotterie. Zieh.

15. Juny cr. Post a. M. 3, bei

Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Junges Huhn mit Spargel,

tägl. frische Krebsuppe,

Danzer Aktion, Nürnberger und

Pilsener Bier vom Fass empfiehlt

Rud. Heyn Nachfl.,

neben dem Stadt-Theater.

Georg Wagneur's

chemische Garderoben-Waag-Au-
stalt Jannagasse 55.

Herren: wie Damenkleider, Tücher, Tisch-
decken etc., überhaupt jeder Wollenstoff

wird auf's sauberste gewaschen. Für

gute Wäsche und Fascon leistet Garantie.

Steinkohlen.

Beste schottische Kohlen ab Kalk-

schanze ex Schiff C. L. Helmerich,

offerirt billig

(7833)

F. Froese.

Räumungshalbette offerire gebrauchte

aber gut erhaltene

3. Schl.-Getreidesäcke

zum Mehlttransp. z. sich eignend mit

70 Pf. pro Sac.

(7721)

P. Bertram,

Säcke, Bläne- und Decken-Fabrik,

Milchfassgasse No. 6.

Woll-

Säcke | in leichter und schwerer

Waare verende ich so-

fort. Preise billigst.

Bedienung reell.

Bläne, Säcke

billigst. Die Säcke und Bläne-

Fabrik von

Otto Retzlaff.

Hafer, Erbsen, Gerste,

Leinkuchen, Rübukuchen

offerirt

Jacob Engel,

Comtoir: Anterschmiedegasse 23.

Ungewaschene Wolle

kaufe zu den höchsten möglichen Preisen

und bitte um bemerkerte Öfferten.

Jacob Engel,

Comtoir: Anterschmiedegasse 23.

Schneiderinnen finden dauernde Be-
schaftigung.

Maria Wetzel,

Vangasse 4,

Eingang Gerbergasse.

Eine junge Dame aus achtbarer Fa-
miliie, die schon im Geschäft thätig,
sucht anderweitig anständige Stellung.

Adressen unter 7825 in der Expedi-

tion dieser Zeitung erbeten.

Gr. Wollwebergasse 2

in das neu eingerichtete und geräumige

Ladenlokal vom 1. Oktober ab zu ver-
mieten. Näheres Breitgasse 79.

Dienstag, den 7. d. Mts. beginnt der Ausverkauf von
Modell-Costümen und Modell-Mänteln,
ferner von
glatten und gestreiften Beiges
zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Buntgestreifte Besätze für die Hälfte des Kostenpreises.
W. JANTZEN.

Dampfbootfahrt
Danzig — Neufahrwasser.

Bei günstiger Witterung werden an den Feiertagen

Extra boote

nach Bedarf eingestellt.

Die Dampfboote werden von Sonntag ab an der Möwenschanze anlegen.

„Wechsel“, Danziger Dampfschiffahrt- und Seebad-

Aktion-Gesellschaft.

Alexander Gibsone.

Vergnügungsfahrt nach Pukig.

Bei günstiger Witterung macht das Dampfschiff „Pukig“ am 2. Pfingst-

feiertage, Montag, den 6. Juni folgende Fahrten:

vom Johannisthore nach Pukig 7 Uhr Morgens,

von Pukig nach Danzig 5 Uhr Nachmittags.

Das Passagiergeld beträgt:

für die erwachsene für Kinder unter

Person. 12 Jahren.

für die Fahrt von Danzig nach Pukig u. zurück Mark 1,50, Mark 75,

von Neufahrwasser (Sieben Provinzen) nach

Pukig und zurück 1,25, " 60,

von Neufahrwasser nach Pukig oder umgekehrt " 1, " 50,

Retourbillets von Danzig 75, " 30,

Billets für die Fahrten von Danzig sind in der Billetbude am Johannis-

thor zu haben. Beim Besteigen des Dampfers ist das Billet zur Kupierung vor-

zulegen. Auf den Zwischenstationen und in Pukig sind Billets auf dem Dampfer

zu lösen. Behus Controle ist das Billet bis zur Beendigung der Fahrt auf-

(7780)

zu abwehrn.

,Wechsel“ Danziger Dampfschiffahrt

und Seebad Aktion-Gesellschaft.

Emil Berenz.

Seebad Brösen.

Die Eisenbahn-Haltestelle für Brösen wird den 5. d. Mts. eröffnet und

halten die Züge von Danzig und Neufahrwasser wie umgekehrt dort an, woselbst

auch Billet-Verkauf stattfindet.

Von Danzig Höhe Thor Morgens 6,4 Uhr, Vormittags 8,7 u. 11,19 Uhr,

Mittags 2,4 und 3,42 Uhr, Abends 5,15 und 8,47 Uhr. Von Neufahrwasser

resp. Brösen Morgens 7,19 Uhr, Vormittags 9,41 und 11,49 Uhr, Mittags 2,16

und 3,51 Uhr, Abends 7,2 und 9,7 Uhr. Retourbillets von Danzig Höhe

Thor-Neufahrwasser resp. Brösen 2. Klasse 60 S., einzelnes 40 S., 3. Klasse 40 S.,

einzelnes 30 S. Retourbillets von Danzig legte Thor-Neufahrwasser resp.

Billets 2. Klasse 80 S., einzelnes 50 S., 3. Klasse 50 S., einzelnes 30 S. für die

Vade Saison.

Die am Sonnabend gelösten Billets haben bis Montag Gültigkeit. Große

Möblier wie kleine Wohnungen, auch einzelne Zimmer mit auch ohne Küchen

empfehlen zu soliden Preisen. Haus- und Küchenbedarf täglich frisch zu Markt-

preisen.

W. Pistorius Erben.

Victoria-Hotel, Boppot.

Dem hochgeehrten Publikum hiermit die ganz ergebene Anzeige, daß ich

mein neu erbautes

,Dépendance“

nach Schweizer Art, mit 40 geräumigen Zimmern am

Sonntag, den 12. Juni a. e.

mit einem

Frei-Concert

eröffnen werde.

Den mich beeindruckenden Gästen steht es frei, das ,Dépendance“ mit seinen

Einrichtungen auch schon in den Feiertagen in Augenschein zu nehmen.

Zum geneigten Besuch ladet ergebenst ein

Emil Schmidt.

Feinste Herren-Unterkleider

in Wolle, Merino, Baumwolle,

empfiehlt

F. W. Puttkammer.

Neuheiten

von Sonnenschirmen

empfiehlt in großer Auswahl zu billigen

Preisen

Julius Konicki.

Exportbier-Brauerei von Gebr. Reiff, Erlangen,

Erlanger Exportbier in Originalfässern, sowie in etikettirten Flaschen

empfiehlt die alleinige Niederlage

Robert Krüger, Hundegasse No. 34.

7022

Himbeer-Saft,

Kirsch-Saft,

<